



1



2



5



6



Das Gesetz der Farbe

Rechtsanwälte, die für politische Parteien arbeiten, genießen nicht nur Vorteile: Die einen fühlen sich von Medien missverstanden, die anderen müssen ihre Unabhängigkeit betonen. Und die große Kuchenverteilung bei staatsnahen Unternehmen wird langsam Geschichte.

VON MICHAELA ERNST
UND PETER SEMPELMANN

Wahlkampfzeiten und Scheidungen haben eines gemeinsam: Ihr zentrales Kampfmittel ist die Anschüttung anderer. Und je blanker die Nerven der Betroffenen liegen, desto mehr leuchten sich die Züge einer ganzen Berufsgruppe: jene der Anwälte.

Dass Wahlkampf nicht zwingend mit Inhalten zu tun hat, haben die vergangenen Wochen gezeigt: Die SPÖ witterte plakatierten Wählerbetrug seitens der ÖVP, die ÖVP unterstellte den Grünen die Annahme dubioser Geldspenden, die Grünen deckten eine angeblich nicht gesetzeskonforme Plakatfinanzierung der SPÖ auf, Tierschützer prangerten die Tierzuchten bestimmter ÖVP-Mandatäre an. War kein neuer Schmutzkübel verfügbar, bediente man sich der Korruptionsaffären unter Schwarz-Blau. Der gegenseitige Zuruf „Wir werden klagen!“ oder alternierend „Die Damen und Herren können mich gern klagen“ wurde zum fraktionsübergreifenden Slogan. Parteienahnen Anwälten und/oder Parteianwälten wird jedenfalls, ob des vielen Lichts, das da noch in das Dickicht der Anschuldigungen zu bringen sein wird, in ▶

- 1 JOHANNES JAROLIM**
SP-Weitblicker mit Wirtschaftskompetenz
- 2 WERNER SUPPAN**
ÖVP-Mitdenker mit Fingerspitzengefühl
- 3 ELKE NOVAK-RABENSEIFNER**
Sie und ihr Mann sind politische Universalisten
- 4 DIETER BÖHMDORFER**
Der Exminister war Haiders schärfste Waffe
- 5 HUBERTA GHENEFF**
FPÖ-affin; auch für andere Fraktionen im Einsatz
- 6 ALEXANDER SCHEER**
Der Rechts-Strategie des BZÖ
- 7 JOHANNES HÜBNER**
Straches Mann von der Streitfront
- 8 GEORG BÜRSTMAYR**
Der Fremdenrechtsspezialist der Grünen

den kommenden Wochen nicht langweilig werden.

„Die häufigsten Causen, die in Zusammenhang mit politischen Parteien zu vertreten sind, betreffen Plakate, Aussendungen oder Broschüren“, bestätigt SPÖ-Justizsprecher Johannes Jarolim, „wobei die Qualität eines Parteienanwalts darin liegen sollte, die Probleme, die entstehen könnten, bereits im Vorfeld zu verhindern.“ Dies sei vor allem bei Pressekonferenzen virulent, „wo Politiker den geschützten Raum der Immunität verlassen und bei Kreditschädigung auf zivilrechtlichem Weg geklagt werden können“.

Jarolim bezeichnet sich als SP-Parteianwalt, alles andere wäre aufgrund seiner offiziellen Funktion wohl verwunderlich – wobei er betont, dass seine Parteientätigkeit und jene seiner Kanzlei, die er gemeinsam mit der Rechtsanwältin Martina Flitsch betreibt, „ziemlich stark voneinander getrennt“ seien. Die politische Arbeit bedeute für ihn „die Möglichkeit, zukünftige Gesetze mitzugestalten“ – etwa wenn es um das Mietrechtsgesetz, die Verhältnismäßigkeit des Strafrechts bei Gewaltdelikten oder das Ehrengeld geht –, die fachliche hingegen, für die auch Martina Flitsch steht, behandelt in erster Linie Wirtschaftsfälle.

Sein „wirtschaftliches Handwerk“ habe er bei der AUA gelernt, deren Rechtsabteilung er von 1986 bis 1989 leitete, bevor er sich selbstständig machte. Bis vor einem Jahr war Jarolim in seinem Zivilberuf noch Firmenanwalt der Airline, was ihn kurzfristig heftig unter Beschuss brachte. So wurde ihm vorgeworfen, einen AUA-freundlichen Gesetzesentwurf zum Thema Flughafenentgelt an den Zivilflugfahrtbeirat gesendet zu haben, der dem Ressort von Parteikollegin Doris Bures untersteht. „In solchen Beiräten sitzen meist an die 50 Experten aus den unterschiedlichsten Teilbereichen, und jede Stimme zählt gleich viel. Ich habe mich damals für eine Verschärfung der Transparenz bei der Tarifgestaltung eingesetzt. Die Vorwürfe waren also völlig haltlos“, so Jarolim. Aber mit dieser Problematik wären Freiberufler, die im Parlament sitzen, oft konfrontiert: Sie würden zwar einerseits als Experten geschätzt, aber andererseits kritisiert, sobald Klienten ins Spiel kommen, denen sie ihre Kenntnisse unter anderem verdanken.

Das sei auch einer der Gründe, weshalb relativ wenig Selbstständige im Parlament säßen, gibt der Fremdenrechtsspezialist Georg Bürstmayr zu bedenken, der bei den

EDITH HLAWATI
Die Top-Juristin sitzt im
Aufsichtsrat der Post.

LEOPOLD SPECHT
Der Gusenbauer-
Intimus ist im
Aufsichtsrat der ÖBB.



VON DER POST: MARTINA FLITSCH

In öffentlichem Auftrag

Rechtsanwälte in den Aufsichtsgremien staatsnaher Unternehmen.

Kein Aufsichtsrat ohne Rechtsanwalt – schon gar nicht in den staatsnahen Unternehmen und den ÖIAG-Betrieben. Auch im Stiftungsrat des ORF sitzen zahlreiche, von der Politik entsandte Juristen. Von der Bundesregierung wurde etwa der Anwalt Franz Krainer, Sohn des früheren steirischen ÖVP-Landeshauptmanns Josef Krainer, in den Stiftungsrat des ORF entsandt – nominiert wurde er von der Volkspartei. Unter den 36 Stiftungsräten finden sich weitere drei von Parteien nominierte Rechtsanwälte: Der von den Grünen gestellte Wilfried Embacher, der frühere FPÖ-Chef, Handelsminister und Vizekanzler Norbert Steger und die Juristin Huberta Gheneff.

Der SPÖ-nahe Anwalt Leopold Specht ist Mitglied des Aufsichtsrats der ÖBB. Specht hatte unter anderem im Jahr 2010 als Vorstand der SPÖ-Privatstiftung die Vorwürfe der Steuerhinterziehung und Parteienfinanzierung rund um die steirische SPÖ ausgebügelt. Gemeinsam mit dem früheren Bundes-

kanzler Alfred Gusenbauer ist Specht auch an der Investment-Company Cudos Advisors GmbH beteiligt.

Im Aufsichtsrat der Post sitzt Edith Hlawati, Partnerin der Rechtsanwaltskanzlei Cerha Hempel Spiegelfeld Hlawati. Sie gilt als ÖVP-nahe und hatte davor zwei nach Meinung der SPÖ unvereinbare Positionen inne – als Aufsichtsratsvorsitzende bei der Telekom Austria und gleichzeitig als Beraterin des früheren ÖIAG-Chefs Peter Michaelis. Michael Einzinger, Partner der Lattenmayer, Luks & Enzinger Rechtsanwälte GmbH ist seit Hlawatis Abgang der neue Jurist im Aufsichtsrat der Telekom Austria. Bei der Finanzmarktbelegung AG des Bundes (Fimbag) sieht der österreichische Anwalts-Dozent Hellwig Torggler nach dem Rechten.

Die großen Energieversorger haben zwar politisch besetzte Aufsichtsräte, darunter allerdings kaum Anwälte. Ausnahmen: die Energie AG in Linz und die Illwerke VKW mit dem früheren SP-Politiker und Juristen Günther Keckels.

heurigen Nationalratswahlen erstmals für die Grünen kandidierte. „Fürs Geschäft ist es nicht unbedingt von Vorteil, wenn man parteipolitisch punziert ist.“ Allerdings fände er es begrüßenswert, wenn seine Branche stärker im Hohen Haus vertreten wäre: „Anwälte haben ein natürliches Nahverhältnis zum Parlament, denn das Hauptprodukt des Parlaments sind Gesetze. Erstens haben wir den Vorteil, dass wir diese lesen können, zweitens arbeiten wir tagtäglich mit ihnen.“

Einer, der sich voll auf das Abenteuer Politik einließ, ist der Rechtsanwalt und ehemalige Justizminister Dieter Böhmdorfer. Legendär sind die Gefechte, die er als Advokat Jörg Haider's führte. Mitte der 1990er-Jahre rollte aus der Kanzlei Böhmdorfer in der Wiener Gußhausstraße eine wahre Klagsflut gegen politische Gegner und Journalisten.

„Obwohl wir 90 Prozent der Fälle gewonnen haben oder zu einem guten Vergleich gekommen sind, hat mir die Arbeit für die Politik persönlich und als Anwalt

massiv geschadet“, so Böhmdorfer. Ganz unschuldig an dieser Situation war er allerdings nicht: Denn bei ihm wusste man nie so genau, ob er nur juristischer oder doch auch ein politischer Berater Haider's war. Allein, dass Böhmdorfer Justizminister wurde, galt für viele innenpolitische Beobachter als Beleg dafür, dass er weit über die klassische Job-Description hinaus agierte.

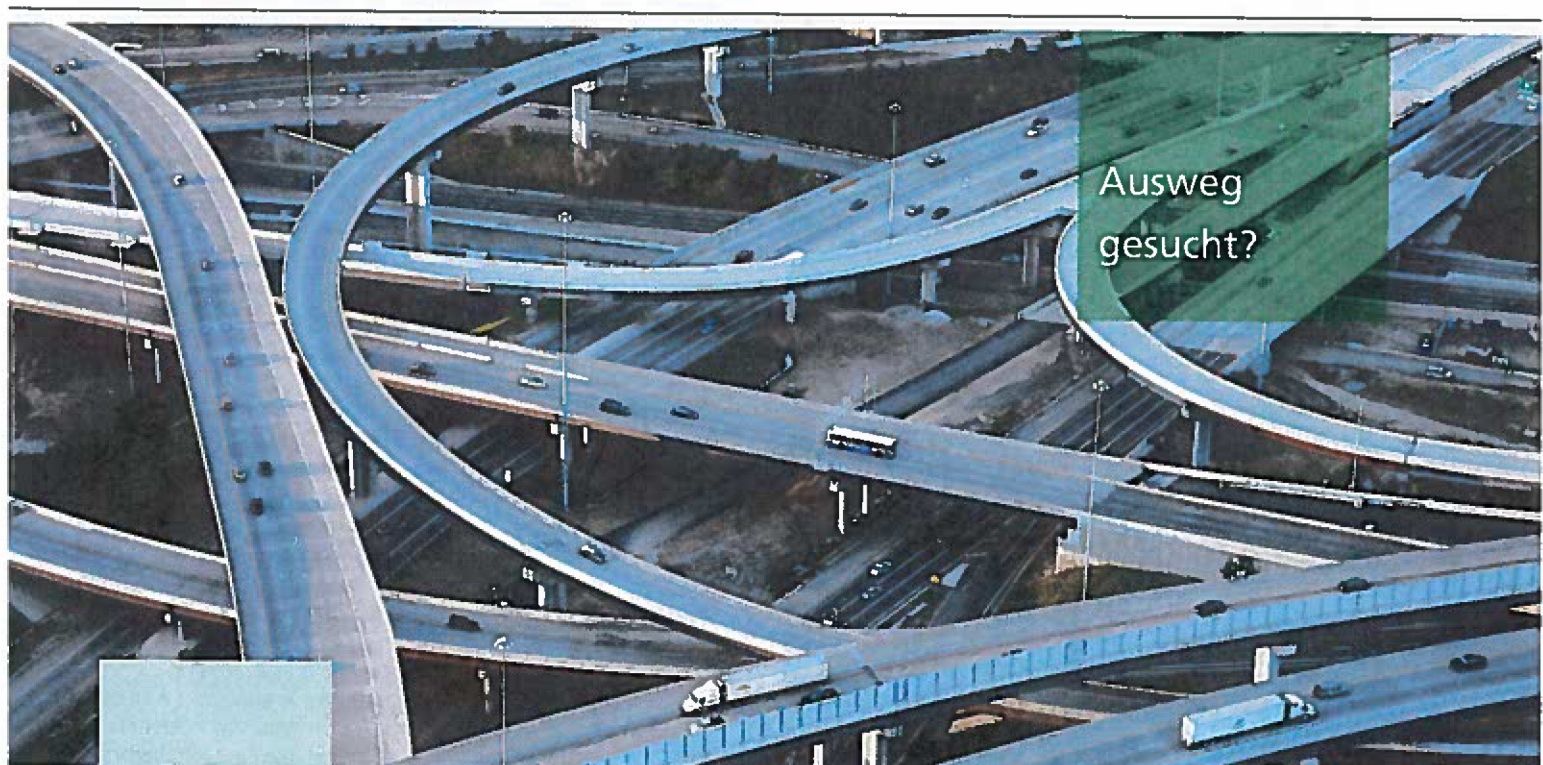
Bis heute meint er eine Pseudo-Ausgewogenheit in der österreichischen Justiz zu erkennen: „Politiker stehen in der Öffentlichkeit, und die Meinung der Justiz ist, dass sich Personen, die in der Öffentlichkeit stehen oder sich dorthin drängen, auch schärfere Kritiken gefallen lassen müssen.“

Dass Österreichs Richter mit zweierlei Maß messen, glaubt Huberta Gheneff von der Rechtsanwaltskanzlei Gheneff-Rami-Sommer, die seit 1998 in Partnerschaft mit Dieter Böhmdorfer für die FPÖ und zwischenzeitlich auch das BZÖ arbeitet, hingegen nicht. Während einer Verhandlung

könne zwar bei einem Richter eine politische Einstellung mitschwingen, jedoch nicht in den Urteilen. Auch als bekannt wurde, dass sie für Jörg Haider, die FPÖ und sogar an den Statuten des BZÖ mitgearbeitet hatte, sei für sie kein Schaden entstanden. Trotz des Naheverhältnisses, das eine langjährige Betreuung mit sich bringt, war sie immer auf eine professionelle Distanz bedacht. Selbst wenn dies mitunter schwerfiel. Gheneff: „Wenn man einen Politiker vertritt, muss man rund um die Uhr erreichbar sein. Wer das nicht will, ist für den Job ungeeignet.“

Meinhard Novak und seine Frau Elke Novak-Rabenseifner spüren diese Belastung gleich dreifach: Sie vertreten die SPÖ Kärnten, den Bauernbund etwa in Form einer Organfunktion in einer Vorfeldorganisation und Stefan Petzner – unter anderem seinerzeit in dem Verfahren, das Kurt Scheuch gegen diesen anstregte, da er sich in Petzners „Diktatorenvideo“ zu drastisch wiedergegeben fand.

Dass eine Dreier-Koalition dieser Art ►



Ausweg
gesucht?

D O R D A
B R U G G E R
J O R D I S

Wir schaffen Klarheit.

In allen Bereichen des Wirtschaftsrechts.

DORDA BRUGGER JORDIS Rechtsanwälte · Universitätsring 10 · 1010 Wien · www.dbj.at

unter einem einzigen Kanzlei-Dach überhaupt möglich ist, erklären die beiden Juristen damit, dass sie eine „generalistische Kanzlei mit einer gewissen Medienaffinität sind. Kartellrecht, Europarecht und ein ausgeprägtes wirtschaftliches Verständnis kennzeichnen sicher ebenfalls stark unsere Arbeit. Hauptsächlich aber gilt: Wir machen nur das, wovon wir überzeugt sind, und das spüren unsere Klienten.“ Der Aufwand dafür ist gigantisch: Kaum ein Abend, kaum ein Wochenende, an dem die beiden nicht in beruflicher Mission unterwegs wären. Immerhin genießt das umtriebige Advokatenpaar damit den Vorteil, politisch nicht zuordenbar zu sein.

Ganz im Gegensatz zu Georg Bürstmayr, der sich bis zu seinem Einstieg bei den Grünen als „parteineutraler, aber politischer Anwalt“ sah. Der Sprung in das Hai-fischbecken der Politik sei allerdings kein besonders großer gewesen: „Ich setze mich seit 20 Jahren für ein faires Asylsystem ein. Deshalb haben sich die Grünen bei Vorschlägen zu Gesetzesnovellen in Fremdenrechtsfragen automatisch an mich ge-

wandt. Bis zu meinem Parteieintritt wurde ich ausschließlich als Experte konsultiert. Es wäre niemand, auch ich nicht, auf die Idee gekommen, mich deshalb als Parteianwalt zu bezeichnen“.

Damit bringt Bürstmayr das berufliche Selbstverständnis von Anwälten, die im parlamentarischen Umfeld tätig sind, auf den Punkt: Obwohl für eine Partei aktiv, schließen sie keine anderen Fraktionen aus, weil sie sich lediglich als Juristen sehen. Selbst Maria Windhager, die die Grünen in medienrechtlichen Dingen – der Königsdisziplin auf dem politischen Parkett – vertritt, legt „unbedingt Wert auf Unabhängigkeit; ich werde ausschließlich als Fachanwältin konsultiert“.

So wundert es auch nicht, dass Georg Röhnsner, Partner bei Eversheds, der die NEOS gegen den ORF vertritt, gleich zu Gesprächsbeginn festlegt: „Ich bin Rundfunkexperte, weil ich seit über 20 Jahren in diesem Bereich tätig bin; ich bin jedoch kein Partei-Anwalt.“ Konkret geht es bei seinem Mandat um eine Beschwerde der NEOS gegen den ORF, der die Jungpartei sowohl aus dem Reigen der TV-Konfrontationen als auch von Hanno Setteles „Wahl-fahrt“ ausschloss – dies, so Röhnsner, widerspräche dem Gesetzauftrag.

Dieses Phänomen, die professionelle Distanz in den Vordergrund zu spielen, hat sich allerdings erst in den vergangenen Jahren so richtig verschärft. Galt es bis vor sieben, acht Jahren noch als hilfreich, Partei-Anwalt zu sein, weil sich dieserart automatisch interessante Klientel – etwa staatsnahe Betriebe oder parteinahe Organisationen – „akquirieren“ ließ, zählt heute, zu-

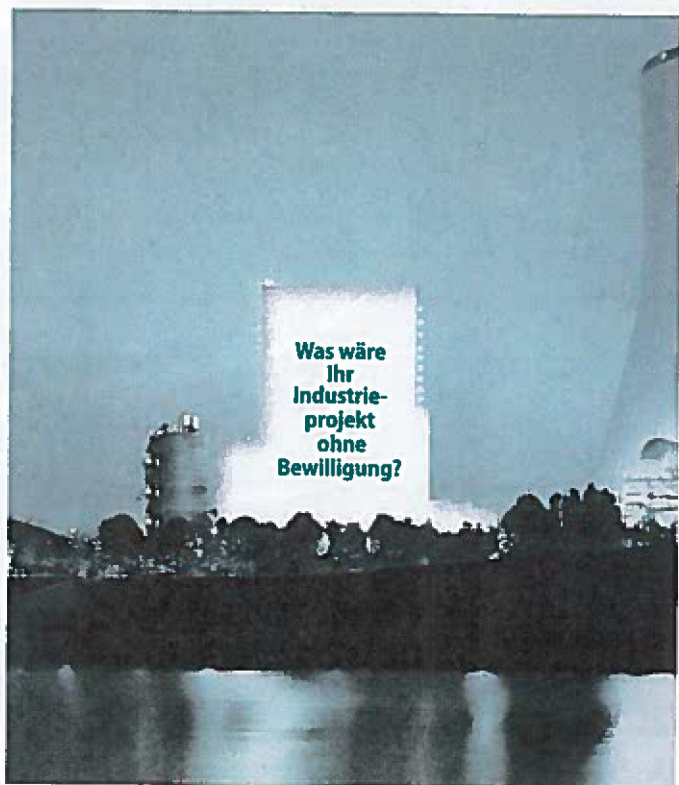
mindest laut Eigenangaben der Branche, die punktuelle Expertise. Obwohl die Millionenaufträge, die der SP-affine Anwalt Gabriel Lansky eine Zeitlang von der staatlichen ÖBB lukrierte, doch für einiges Aufsehen sorgten. „Dass in Österreich gewisse unterirdische Drähte weiter existieren, liegt am Wesen dieses Landes“, schmunzelt Christian Dorda, einer der Mitbegründer der Großkanzlei Dorda, Brugger und Jordis, „aber diese Old Boys Networks von früher, bei denen bestimmten Anwälten die Mandate auf parteinahe Betriebe oder Organisationen garantiert waren, gibt es heute nicht mehr“.

Damit spielt Dorda auf historische Größen wie etwa Wilhelm Rosenzweig an, der in den 1950er- und 1960er-Jahren innerhalb der SPÖ eine Machtfunktion hatte, die durchaus mit jener eines hochrangigen Parteifunktionärs vergleichbar war. Der Konservative Michael Graff wurde sogar VP-Generalsekretär und Justizsprecher. Herbert Schachter, der als Verteidiger von Ex-Finanzminister Hannes Androsch Berühmtheit erlangte, war von 1989 bis 2005 Präsident des ARBÖ – neben seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt und Verkehrsjurist.

Heute ortet Dorda in seiner Branche „erfreuliche Zeichen der Professionalisierung“. Unterstellungen, dass den Anwälten unter den Aufsichtsräten in staatsnahen Betrieben auch immer ein parteipolitisches Nahverhältnis eigen ist, weist er von sich: „Unsere kürzlich verstorbene Gründungspartnerin Theresa Jordis ist in mehreren Aufsichtsräten der ÖIAG gesessen – allerdings galt sie als ausgewiesene Expertin für Aufsichtsratsarbeit.“

Gelht es darum, spezielle Akzente zu setzen, treten die Partei-Anwälte auf den Plan. Großkanzleien tun dies im Regelfall nicht. Selbst Grünen-Jurist Bürstmayr meint, dass das „ewige Spiel, der ist rot, schwarz, blau oder grün eine vor allem von Medien geschaffene Realität ist. Sicher gibt es noch zu viele politische Besetzungen in diesem Land. Aber die Bereitschaft, jemandem eine Partei zuzuordnen, ist noch viel größer.“

Die Distanz werde auch von Außenstehenden erkannt, betont etwa Gheneff, die von sich behauptet, nie eine Mitgliedschaft außer beim ÖAMTC gehabt zu haben. Ähnlich wie die Kanzlei Novak hatte auch die Anwältin Mandate von unterschiedlichen Parlamentsparteien, etwa von den Grünen, der SPÖ und der ÖVP. Gheneff: „Man vertritt eine Partei, aber man ist nicht die Partei – man wird ja als Anwalt auch



Niederhuber & Partner Rechtsanwälte begleiten Ihr Projekt von der Idee bis zur erfolgreichen Realisierung. Unser Team unterstützt Sie mit umfassendem Know-how im Wirtschaftsrecht und unserem Spezialgebiet, dem Umweltrecht. www.nhp.eu

NHP
Niederhuber & Partner

nicht verdächtigt, ein Kleptomane zu sein, wenn man einen Dieb vertritt.“

Die Welt ist außerdem klein, und die Zahl der Anwälte, die sich auf politische Klienten einlassen, noch kleiner. Man kennt und trifft sich untereinander, auch wenn man anderntags wieder gegeneinander prozessiert.

Den Wiener Rechtsanwalt Werner Suppan, der ein bekennender ÖVP-Vertreter ist, schätzt Gheneff besonders. Suppan wäre einer, der stets versuche, Streit zu vermeiden. Nicht ohne Grund. „Die Gerichte sind ohnehin überlastet. Ihre Haltung ist daher, dass man sie in Ruhe lassen und die Streits selbst regeln soll“, sagt Suppan. Die Meinungsfreiheit, vor allem die politische, sieht Suppan als kostbares Gut. Im Zweifelsfall vertritt er die Ansicht, dass eine Aussage keine Beleidigung, sondern eben eine politische Meinung ist.

Schon zu seiner Studienzeit engagierte sich der Anwalt für die Volkspartei. Später war er ein Schüler des 2008 verstorbenen VP-Politikers und Rechtsanwalts Michael Graff, heute ist Suppan ein ständiger Rat-

geber der Volkspartei. „Für eine Partei zu arbeiten, bedeutet immer auch, das Parteiprogramm zu kennen und die Linie der Partei mitzudenken“, erklärt er. Natürlich sei bei der Arbeit das entsprechende Fingerspitzengefühl nötig: „Der Klient steht ja permanent in der Öffentlichkeit. Man muss daher auch immer mitdenken, was sich öffentlich tut, wie die öffentliche Diskussion läuft.“

Weniger auf Streitschlichtung bedacht ist dagegen der Wiener Rechtsanwalt und FPÖ-Mandatar Johannes Hübner, ein enger Mitarbeiter des Parteichefs Heinz-Christian Strache. In Verhandlungen eckt Hübner mitunter bei den Richtern an, was ihn zu dem Schluss bringt, dass er als Anwalt besonders sensibel sein müsse. „Oft stößt man bei Richtern auf hohen Widerstand, weil sie eine politische Partei nicht wirklich wollen. Dann muss man sich bemühen, eine Verhandlung von der politischen Ebene weg auf eine rein juristische zu bringen.“ Einfach klein beigeben ist dabei jedoch nicht Hübners Stil. „Man darf sich nicht aus Angst vor Klagen und Ge-

genklagen von der politischen Diskussion abbringen lassen.“

Für das BZÖ geht der Rechtsanwalt Alexander Scheer in den Verhandlungssaal. Seit Beginn seiner Selbstständigkeit im Jahr 2004 arbeitete er für die bisherige Parlamentspartei, zuletzt beim Telekom-Prozess, bei dem das BZÖ Mitte September zu einer Strafzahlung von 960.000 Euro verurteilt wurde. „Wenn es sich dabei um ein Privatverfahren gehandelt hätte, dann hätte ich viel stärker inhaltliche Fehler kritisiert, und das Verfahren wäre aus Formalgründen eingestellt worden“, ist sich Scheer sicher. Allerdings weiß auch er, dass ihm und der Partei damit bestenfalls ein Kurzeiterfolg beschieden gewesen wäre.

Entscheidend für Scheer ist jedoch: „Wenn man als Anwalt für eine Partei arbeitet, muss man eine andere Taktik verfolgen, als wenn man ein Unternehmen oder eine Privatperson vertritt. Denn selbst wenn man gewinnt, gibt es häufig ein mediales Nachspiel, das alles wieder in Frage stellt.“

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

„Wachstum braucht qualifizierte Führung“

MIBA setzt auf maßgeschneiderte Personalentwicklung

„Lebenslanges Lernen und gut ausgebildete Führungskräfte sind aus unserer Erfahrung ein absolutes Erfolgskriterium. Und das nutzen wir auch“, betont Bernhard Reisner, Vice President Human Capital beim Laakirchner Familienbetrieb MIBA AG. Das Technologieunternehmen mit Standorten auf der ganzen Welt ist einer der führenden Zulieferer der internationalen Motoren- und Fahrzeugindustrie. Im Zuge des stetigen Wachstums steigt an allen Standorten der Bedarf an qualifiziertem Management.

Waren Führungskräfteweiterbildungen bisher oft hausgemacht, setzte MIBA am Standort Slowakei erstmals auf externe Unterstützung. „Wir haben uns für WIFI International als Weiterbildungspartner entschieden, weil wir die Professionalität der Schulungen schon aus Österreich kannten“, so Reisner. „Und eine so hohe Qualität hatten wir noch nie! Die Rückmeldungen waren geradezu euphorisch!“

Praxis für die Führungsrolle

Insbesondere berichten die 40 Teilnehmer/innen des firmeninternen Führungskräfte-Trainings über mehr Sicherheit in ihrer Entscheidungsrolle, haben gelernt, sich selbst zu führen und wissen über ihre Stärken Bescheid. „Die WIFI-Trainerin war einfach sehr gut“, betont Reisner. „Sie fand sofort Zugang zu den Leuten und wendete stark praxisorientierte Methoden an, die es ermöglichen, vieles selbst auszuprobieren und dann auch gleich im Unternehmen umzusetzen.“ Wichtig war Reisner, dass die Trainerin selbst Slowakin war: „Es geht ja viel um persönliche Themen, da muss man sich sprachlich zu Hause fühlen.“ So ganz nebenbei stärkten die Teilnehmer/innen auch den unternehmensinternen Zusammenhalt. Reisner ist sich sicher: „Noch im Herbst starten wir das nächste WIFI-Führungskräfte-Training!“



Bernhard Reisner, MIBA
Vice President Human Capital

FOTO: WIEFIRVAN BELMART

„WIFI. Wissen Ist Für Immer“
Maßgeschneiderte Weiterbildung
für Ihr Unternehmen – mehr
Informationen finden Sie unter
www.wifi.at/personalentwicklung